

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Familie zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS VOM
24. DEZEMBER 2021 ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLONI-
SCHEN REGION, DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER
DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER ZUSAMMENARBEIT DER GE-
BIETSKÖRPERSCHAFTEN IM BEREICH DER FAMILIENLEISTUNGEN**

INHALTSANGABE

Durch das vorliegende Dekret soll das Zusammenarbeitsabkommen vom 24. Dezember 2021 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im Bereich der Familienleistungen gebilligt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu dem einzigen Artikel.....	4
Vorentwurf	6
Anlage	
Zusammenarbeitsabkommen vom 24.Dezember 2021 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im Bereich der Familienleistungen.....	7

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Beschreibung

Am 20. November 2020 teilte die Flämische Gemeinschaft den anderen Gebietskörperschaften mit, dass sie sich aus dem Zusammenarbeitsabkommen vom 30. Mai 2018 bezüglich der Schaffung eines Interregionalen Organs für die Familienleistungen, der V.o.G. Orint, zurückziehen wird. Seit dem 1. Januar 2022 ist die Flämische Gemeinschaft nicht mehr Teil von Orint. Die Gebietskörperschaften haben deshalb Vereinbarungen getroffen über eine weitere Zusammenarbeit bezüglich der bisher von Orint übernommenen Aufgaben.

Diese Vereinbarungen betreffen vor allem das Verteilen von Anträgen, die an Belgien gestellt werden, für die der Antragsteller aber nicht die zuständige Gebietskörperschaft feststellen kann. Darüber hinaus werden auch Vereinbarungen über die praktische Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene getroffen. Die politische Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften ist nicht Teil dieses Abkommens.

Die Gebietskörperschaften bleiben gemeinsam für diese Aufgaben verantwortlich und werden gemeinsam eintreten, um die zu diesem Zweck erforderliche Infrastruktur und Zusammenarbeit vorzusehen. Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen formalisiert diese Zusammenarbeit ab dem 1. Januar 2022.

2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 1

Dieser Artikel enthält die erforderlichen Definitionen. Diese bedürfen keiner weiteren Erläuterung.

Artikel 2

Dieser Artikel bestimmt, dass die Gebietskörperschaften gemeinsam die Rolle als Verbindungsstelle übernehmen, sowohl im Hinblick auf die europäische Verordnung (EG) 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit als auch im Hinblick auf die bilateralen Verträge, die Belgien mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Die Verbindungsstelle ist der Kontaktpunkt für aktenbezogene Fragen, die von Familien oder ausländischen Kindergeldstellen gestellt werden, wenn der Fragesteller die betroffene belgische Kindergeldstelle nicht identifizieren kann.

Artikel 3

Dieser Artikel bestimmt, wie die Arbeit verteilt wird, die mit den Fragen zur Feststellung der Zuständigkeit innerhalb Belgiens verbunden ist. Die Regierungen evaluieren den Verteilungsschlüssel alle zwei Jahre und können ihn auf der Grundlage dieser Evaluation verfeinern. Dazu wird eine Berichterstattung vorgesehen.

Artikel 4

Dieser Artikel legt die Fristen zur Bearbeitung von Fragen zur Feststellung der Zuständigkeit innerhalb Belgiens fest.

Die Bearbeitungsfrist von acht Arbeitstagen kann ausgesetzt werden, wenn für die Entscheidung zusätzliche Informationen angefordert werden.

Die Modalitäten der Aussetzung hängen von der Person oder der Behörde ab, bei der die zusätzlichen Informationen angefordert werden.

Für Anfragen bei einer anderen belgischen Kindergeldbehörde erfolgt keine Fristunterbrechung. Die Frist von acht Arbeitstagen muss eingehalten werden.

Belgische Behörden sowie Betroffene haben drei Monate Zeit, um die zusätzlichen Informationen zu übermitteln. Nach Ablauf dieser Frist wird ein Erinnerungsschreiben verschickt, in dem eine weitere Frist von einem Monat eingeräumt wird. Danach trifft die Gebietskörperschaft eine Entscheidung auf der Grundlage der ihr zur Verfügung stehenden Informationen.

Werden Informationen bei einer ausländischen Behörde angefordert, so wird die Frist bis zum Eingang der Antwort ausgesetzt.

Artikel 5

Im Hinblick auf eine ordnungsgemäße Datenverarbeitung legen die Gebietskörperschaften durch diesen Artikel den Zweck, die betroffenen Daten, die beteiligten Akteure, die Fristen für die Archivierung und Verantwortlichen der Daten, die im Rahmen dieses Zusammenarbeitsabkommens verarbeitet und ausgetauscht werden, fest.

Die in Nummer 1 erwähnten Daten zur Identität des Kindes sind der Name, der Vorname, gegebenenfalls der gesetzliche Wohnsitz des Kindes in einer Gebietskörperschaft, gegebenenfalls der Aufenthaltsort des Kindes in einer Gebietskörperschaft, die Erkennungsnummer des Nationalregisters und die Erkennungsnummer der Zentralen Datenbank erwähnt in Artikel 8 §1 Nummer 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit, Geburtsort und -datum, das Geschlecht, der Zivilstand, die Staatsangehörigkeit, das Sterbedatum.

Dieselben Daten betreffend die Mutter werden zur Vorauszahlung der Geburtsprämie verarbeitet.

Die Daten zur Identität des Sozialversicherten sind der Name, der Vorname, die Erkennungsnummer des Nationalregisters und die Erkennungsnummer der Zentralen Datenbank erwähnt in Artikel 8 §1 Nummer 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit, Geburtsort und -datum und die Nationalität.

Diese Daten zur Identität sind notwendig in Bezug auf das kindergeldberechtigte Kind und den Sozialversicherten im Sinne des Artikels 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 6. September 2017, um diese zu identifizieren. In Bezug auf das Kind sind sie notwendig, um den ersten, zweiten und sechsten Angliederungsfaktor anzuwenden. In Bezug auf den Sozialversicherten werden sie benötigt, um den dritten, vierten, fünften und sechsten Angliederungsfaktor anzuwenden. Schließlich sind sie in Bezug auf die Mutter für die Vorauszahlung der Geburtsprämie nötig. Die Daten in Bezug auf die Nationalität sind zu verarbeiten, um die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und die bilateralen Abkommen anzuwenden.

Der Daten in Bezug auf den Geburtsort sind zu verarbeiten, um eventuellen Betrug zu vermeiden und um zu überprüfen, ob eine belgische Gebietskörperschaft für die Zahlung der Geburtsprämie zuständig ist, zum Beispiel wenn das Kind im Ausland geboren ist.

Die in Nummer 2 erwähnten persönlichen Merkmale sind das Sterbedatum, der heutige oder letzte gesetzliche Wohnsitz des Sozialversicherten in einer Gebietskörperschaft und die Ortsangabe des Büros der letzten bekannten Kindergeldkasse.

Das Sterbedatum ist notwendig, um die Akte nötigenfalls zeitig zu schließen. Die anderen Daten sind notwendig, um den vierten und sechsten Angliederungsfaktor anzuwenden.

Die in Nummer 4 erwähnten Daten in Bezug auf die beruflichen oder gleichgestellten Situationen sind die Ortsangabe der Niederlassungseinheit oder, falls diese Angabe nicht verfügbar ist, des Betriebsstandorts des gegenwärtigen Arbeitgebers bzw. des vorherigen Arbeitgebers des Sozialversicherten in Belgien und die Ortsangabe der Sozialversicherungskasse, an die der Sozialversicherte als Selbständiger angeschlossen ist.

Diese Daten sind notwendig, um den dritten und fünften Angliederungsfaktor anzuwenden.

Die in Nummer 5 erwähnten Daten über gerichtliche Maßnahmen sind begrenzt auf die gerichtlichen und Verwaltungsentscheidungen, die einen Einfluss auf die Anwendung der Angliederungsfaktoren haben können, wie etwa die Anpassung des Wohnsitzes aufgrund eines Gerichtsbeschlusses, der einen Betrug in Bezug auf den Wohnsitz feststellt.

Der Austausch dieser Beschlüsse erlaubt es den Gebietskörperschaften, die Angliederungsfaktoren korrekt anzuwenden, wenn nötig rückwirkend.

Jede Anfrage in Bezug auf den internationalen Kontext der Familienleistungen wird an eine Gebietskörperschaft verteilt, die beauftragt ist, die Zuständigkeit festzustellen. Die Gebietskörperschaft, die die Zuständigkeit feststellt, ist verantwortlich für die Verarbeitung der Daten. Ein ausführendes Zusammenarbeitsabkommen wird die Verarbeitung der Daten präzisieren.

Artikel 6

In diesem Artikel wird der Verteilungsschlüssel festgelegt, nach dem die Kosten aufgeteilt werden. Dabei handelt es sich um den gleichen Verteilungsschlüssel wie bei der Aufteilung der Dotationen aufgrund der Familienleistungen zwischen den jeweiligen Gebietskörperschaften.

Artikel 7

Zu einer guten Zusammenarbeit gehören auch Vereinbarungen zur Konfliktlösung. Dieser Artikel legt den Schwerpunkt auf eine Lösung zwischen den Verwaltungen, sieht aber auch eine formale Möglichkeit vor, Konflikte durch ein Zusammenarbeitsgericht zu lösen. Die Regierungen werden die notwendigen Modalitäten für ein solches Zusammenarbeitsgericht festlegen.

Artikel 8

In diesem Artikel werden die notwendigen Absprachen für die Archivierung getroffen.

Artikel 9

Die Auflösung von FAMIFED ist so gut wie abgeschlossen. Um jedoch eine rechtliche Lücke zu vermeiden, legen die Gebietskörperschaften fest, dass mögliche Kosten ab dem 1. Januar 2022 nach dem Verteilungsschlüssel der Dotation aufgrund der Familienleistungen verteilt werden.

Artikel 10

In diesem Artikel wird festgelegt, dass Kosten im Zusammenhang mit dem Austritt der Flämischen Gemeinschaft aus Orint nach dem Verteilungsschlüssel der Dotation aufgrund der Familienleistungen verteilt werden.

Artikel 11

Dieser Artikel schafft eine Rechtsgrundlage für die Erfüllung der Verpflichtungen in Bezug auf eine Reihe von föderalen Anwendungen, die gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 6. September 2017 noch aufrechterhalten werden.

Artikel 12

Dieser Artikel legt fest, dass das Zusammenarbeitsabkommen am 1. Januar 2022 in Kraft tritt.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Der Rat für Familienleistungen hat ein positives Gutachten zum vorliegenden Dekretvorwurf abgegeben. Er bedauert, dass die Föderalisierung des belgischen Staates zu zusätzlicher administrativer Komplexität und Zusatzkosten führe. Der Rat kritisiert, dass er zu diesem Zusammenarbeitsabkommen befragt wird, nachdem es bereits angewendet wird. Hierzu ist anzumerken, dass durch die Kündigung des vorherigen Abkommens durch Fländern Handlungsbedarf zum 1. Januar 2022 bestand.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DER DATENSCHUTZBEHÖRDE

In Folge des Gutachtens 123/2022 der Datenschutzbehörde wurde im Kommentar zu Artikel 5 detaillierter beschrieben, welche Daten zu welchen Zwecken in Ausführung des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens verarbeitet werden.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einzigster Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommen vom 24. Dezember 2021 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im Bereich der Familienleistungen

Einziger Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen vom 24. Dezember 2021 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im Bereich der Familienleistungen wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

**Antonios
Antoniadis** Digital
unterschrieben von
Antonios Antoniadis
Datum: 2022.09.29
10:24:16 +02'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

GUTACHTEN 123/2022 DER DATENSCHUTZBEHÖRDE

Als Anlage separat beigefügt

GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Als Anlage separat beigefügt.

ANLAGE

Zusammenarbeitsabkommen vom 24. Dezember 2021 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im Bereich der Familienleistungen

Als Anlage separat beigefügt.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Gezin is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE INSTEMMING MET HET SAMENWERKINGSAKKOORD
VAN 24 DECEMBER 2021 TUSSEN DE VLAAMSE GEMEENSCHAP, HET WAALSE GEWEST, DE GEMEEN-
SCHAPPELIJKE GEMEENSCHAPSCOMMISSIE EN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP BETREFFENDE DE
SAMENWERKING TUSSEN DE DEELENTEITEN MET BETREKKING TOT DE GEZINSBIJSLAGEN**

INHOUD

Dit decreet heeft tot doel instemming te verlenen met het Samenwerkingsakkoord van 24 december 2021 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de samenwerking tussen de deelen-
teiten met betrekking tot de gezinsbijslagen.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van het enige artikel	4
Voorontwerp.....	6

Bijlage

Samenwerkingsakkoord van 24 december 2021 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de samenwerking tussen de deeltentiteiten met betrekking tot de gezinsbijslagen.....	7
--	---

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

1. Algemene beschrijving

Op 20 november 2020 heeft de Vlaamse Gemeenschap aan de andere deelentiteiten meegedeeld dat ze het samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 betreffende de oprichting van het interregionaal orgaan voor de gezinsbijslagen, de vzw Orint, opzegt. Sinds 1 januari 2022 maakt de Vlaamse Gemeenschap geen deel meer uit van Orint. Daarom hebben de deelentiteiten afspraken gemaakt over de verdere samenwerking met betrekking tot de opdrachten die Orint tot hier toe op zich nam.

Deze afspraken hebben vooral betrekking op het verdelen van aanvragen die in België worden ingediend, maar waarvoor de aanvrager de bevoegde territoriale entiteit niet kan vaststellen. Daarnaast worden ook afspraken gemaakt over de praktische samenwerking op Europees en internationaal niveau. De politieke samenwerking tussen de deelentiteiten maakt geen deel uit van dit samenwerkingsakkoord.

De deelentiteiten blijven gezamenlijk verantwoordelijk voor die opdrachten en zullen gezamenlijk ervoor instaan dat in de hiertoe nodige infrastructuur en samenwerking wordt voorzien. Met dit samenwerkingsakkoord wordt deze samenwerking vanaf 1 januari 2022 geformaliseerd.

2. Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord

Artikel 1

Dit artikel bevat de noodzakelijke definities. Deze behoeven geen nadere toelichting.

Artikel 2

Dit artikel bepaalt dat de deelentiteiten gezamenlijk de rol van verbindingsorgaan op zich nemen, zowel met betrekking tot de Europese Verordening (EG) 883/2004 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende de coördinatie van de socialezekerheidsstelsels, als met betrekking tot de bilaterale verdragen die België met andere staten heeft gesloten. Het verbindingsorgaan is het aanspreekpunt voor vragen die gezinnen of buitenlandse kinderbijslaginstellingen over dossiers stellen als ze niet kunnen achterhalen welke Belgische kinderbijslaginstelling bevoegd is.

Artikel 3

Dit artikel bepaalt hoe het werk dat met de vragen over de vaststelling van de bevoegdheid binnen België gepaard gaat, wordt verdeeld. De regeringen evalueren de verdeelsleutel om de twee jaar en kunnen deze op basis van die evaluatie verfijnen. Daartoe wordt in een rapportering voorzien.

Artikel 4

Dit artikel stelt de termijnen vast waarbinnen vragen over de vaststelling van de bevoegdheid binnen België worden behandeld.

De behandelingstermijn van acht werkdagen kan worden geschorst als om aanvullende inlichtingen wordt verzocht met het oog op een beslissing.

De schorsingsmodaliteiten hangen af van de persoon of instantie die om aanvullende inlichtingen wordt verzocht.

Voor aanvragen bij een andere Belgische kinderbijslagautoriteit wordt de termijn niet gestuit. De termijn van acht werkdagen moet in acht worden genomen.

Zowel de Belgische autoriteiten als de betrokkenen hebben drie maanden de tijd om de aanvullende inlichtingen te verstrekken. Na het verstrijken van die termijn wordt een aanmaning verzonden waarin een aanvullende termijn van één maand wordt toegekend. Daarna neemt de deeltentiteit een beslissing op basis van de inlichtingen waarover ze beschikt.

Als een buitenlandse autoriteit om inlichtingen wordt verzocht, wordt de termijn geschorst totdat het antwoord is ontvangen.

Artikel 5

Met het oog op een correcte gegevensverwerking bepalen de deeltentiteiten in dit artikel het doel, de betreffende gegevens, de betrokkenen, de bewaartermijnen en de verwerkingsverantwoordelijken voor de gegevens die in het kader van dit samenwerkingsakkoord worden verwerkt en uitgewisseld.

De in 1° vermelde gegevens over de identiteit van het kind zijn: naam, voornaam, in voorkomend geval wettelijke woonplaats van het kind in een deeltentiteit, in voorkomend geval verblijfplaats van het kind in een deeltentiteit, identificatienummer van het Rijksregister en identificatienummer van de Kruispuntbank vermeld in artikel 8, § 1, 2°, van de wet van 15 januari 1990 houdende oprichting en organisatie van een Kruispuntbank van de sociale zekerheid, geboorteplaats, geboortedatum, geslacht, burgerlijke staat, nationaliteit, datum van overlijden.

Dezelfde gegevens over de moeder worden verwerkt voor de vooruitbetaling van de geboortepremie (ook wel 'kraamgeld' genoemd).

De gegevens over de identiteit van de sociaal verzekerde zijn: naam, voornaam, identificatienummer van het Rijksregister en identificatienummer van de Kruispuntbank vermeld in artikel 8, § 1, 2°, van de wet van 15 januari 1990 houdende oprichting en organisatie van een Kruispuntbank van de sociale zekerheid, geboorteplaats, geboortedatum en nationaliteit.

Die identiteitsgegevens zijn met betrekking tot het kinderbijslaggerechtigde kind en de sociaal verzekerde in de zin van artikel 2 van het samenwerkingsakkoord van 6 september 2017 noodzakelijk om hen te identificeren. Met betrekking tot het kind zijn ze noodzakelijk om de eerste, tweede en zesde aanknopingsfactor toe te passen. Met betrekking tot de sociaal verzekerde zijn ze nodig om de derde, vierde, vijfde en zesde aanknopingsfactor toe te passen. Tot slot zijn ze met betrekking tot de moeder nodig voor de vooruitbetaling van de geboortepremie. De gegevens betreffende de nationaliteit moeten worden verwerkt om Verordening (EG) nr. 883/2004 en de bilaterale verdragen toe te passen.

De gegevens over de geboorteplaats moeten worden verwerkt om mogelijke fraude te voorkomen en om na te gaan of een Belgische deeltentiteit bevoegd is voor de betaling van de geboortepremie, bijvoorbeeld als het kind in het buitenland geboren is.

De in 2° vermelde persoonlijke kenmerken zijn de datum van overlijden, de huidige of laatste wettelijke woonplaats van de sociaal verzekerde in een deeltentiteit en de locatie van het bureau van de laatst bekende kinderbijslaginstelling.

De datum van overlijden is noodzakelijk om het dossier zo nodig tijdig af te sluiten. De andere gegevens zijn noodzakelijk om de vierde en zesde aanknopingsfactor toe te passen.

De in 4° vermelde gegevens over de beroepsmatige of gelijkgestelde situaties zijn de locatie van de vestigingseenheid of, wanneer dat gegeven niet beschikbaar is, van de exploitatiezetel van de huidige werkgever of van de laatste werkgever van de sociaal verzekerde in België en de locatie van het sociaal verzekeringsfonds waarbij de sociaal verzekerde is aangesloten als zelfstandige.

Die gegevens zijn noodzakelijk om de derde en vijfde aanknopingsfactor toe te passen.

De in 5° vermelde gegevens over gerechtelijke maatregelen beperken zich tot de gerechtelijke en administratieve beslissingen die invloed kunnen hebben op de toepassing van de aanknopingsfactoren, bijvoorbeeld de aanpassing van de woonplaats op grond van een gerechtelijke beslissing waarin fraude omtrent de woonplaats wordt vastgesteld.

De uitwisseling van die beslissingen stelt de deelentiteiten in staat de aanknopingsfactoren correct en zo nodig met terugwerkende kracht toe te passen.

Alle aanvragen met betrekking tot de internationale context van de gezinsbijslagen worden onder de deelentiteiten verdeeld; de deelentiteit waaraan zo'n aanvraag is toegewezen, is ermee belast de bevoegdheid vast te stellen. De deelentiteit die de bevoegdheid vaststelt, is de verwerkingsverantwoordelijke voor de verwerking van de gegevens. De verwerking van de gegevens zal worden gespecificeerd in een uitvoerend samenwerkingsakkoord.

Artikel 6

In dit artikel wordt de verdeelsleutel vastgelegd op basis waarvan de kosten worden verdeeld. Het is dezelfde verdeelsleutel als voor de verdeling van de dotaties op basis van de gezinsbijslagen tussen de respectieve deelentiteiten.

Artikel 7

Een goede samenwerking vergt ook afspraken over de manier waarop conflicten worden opgelost. Dit artikel legt de nadruk op een onderlinge beslechting, maar voorziet ook in een formele mogelijkheid om conflicten via een samenwerkingsgerecht te beslechten. De Regeringen zullen de nadere regels bepalen die voor een dergelijk samenwerkingsgerecht noodzakelijk zijn.

Artikel 8

Dit artikel bevat de nodige afspraken inzake archivering.

Artikel 9

De afwikkeling van Famifed is zo goed als afgesloten. Om echter juridische leemten te voorkomen, bepalen de deelentiteiten dat mogelijke kosten vanaf 1 januari 2022 worden verdeeld overeenkomstig de verdeelsleutel van de dotatie op basis van de gezinsbijslagen.

Artikel 10

Dit artikel bepaalt dat kosten die samenhangen met de uitstap van de Vlaamse Gemeenschap uit Orint, verdeeld worden overeenkomstig de verdeelsleutel van de dotatie op basis van de gezinsbijslagen.

Artikel 11

Dit artikel schept een rechtsgrondslag voor de nakoming van de verplichtingen met betrekking tot een aantal federale toepassingen die overeenkomstig het samenwerkingsakkoord van 6 september 2017 nog in stand worden gehouden.

Artikel 12

Dit artikel bepaalt dat het samenwerkingsakkoord in werking treedt op 1 januari 2022.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

De Raad voor Gezinsbijslagen heeft een positief advies over dit voorontwerp van decreet verstrekt. Hij betreurt wel dat de federalisering van de Belgische Staat leidt tot nog meer administratieve complexiteit en tot nog meer kosten. De Raad bekristiseert dat hij niet om advies is gevraagd voordat dit samenwerkingsakkoord van toepassing werd. Hierbij dient te worden opgemerkt dat vanaf 1 januari 2022 moest worden gehandeld, omdat Vlaanderen het vorige samenwerkingsakkoord had opgezegd.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE GEGEVENSBESCHERMINGSAUTORITEIT

Naar aanleiding van advies 123/2022 van de Gegevensbeschermingsautoriteit werd in de bespreking van artikel 5 nauwkeuriger beschreven welke gegevens voor welk doeleinde, ter uitvoering van dit samenwerkingsakkoord, worden verwerkt.

BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

Enig artikel

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 24 december 2021 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de samenwerking tussen de deeltiteiten met betrekking tot de gezinsbijslagen

Enig artikel – Instemming wordt verleend met het Samenwerkingsakkoord van 24 december 2021 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de samenwerking tussen de deeltiteiten met betrekking tot de gezinsbijslagen.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

ADVIES 123/2022 VAN DE GEGEVENSBECHERMINGSAUTORITEIT

Afzonderlijk bijgevoegde bijlage

ADVIES VAN DE RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

Afzonderlijk bijgevoegde bijlage

BIJLAGE

Samenwerkingsakkoord van 24 december 2021 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de samenwerking tussen de deeltentiteiten met betrekking tot de gezinsbijslagen

Afzonderlijk bijgevoegde bijlage

SAMENWERKINGSAKKOORD TUSSEN DE VLAAMSE GEMEENSCHAP, HET WAALSE GEWEST, DE GEMEENSCHAPPELIJKE GEMEENSCHAPSCOMMISSIE EN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP BETREFFENDE DE SAMENWERKING TUSSEN DE DEELENTEITEN MET BETREKKING TOT DE GEZINSBIJSLAGEN	ACCORD DE COOPERATION ENTRE LA COMMUNAUTE FLAMANDE, LA REGION WALLONNE, LA COMMISSION COMMUNAUTAIRE COMMUNE ET LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE PORTANT SUR LA COLLABORATION ENTRE LES ENTITES FEDEREES EN MATIERE DE PRESTATIONS FAMILIALES	ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION, DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER ZUSAMMENARBEIT DER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN IM BEREICH DER FAMILIENLEISTUNGEN
AANHEF	PREAMBULE	EINLEITENDER TEXT
Overwegende de opzegging van 20 november 2020 door de Vlaamse Gemeenschap van het samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de oprichting van het interregionaal orgaan voor de gezinsbijslagen;	Considérant la résiliation du 20 novembre 2020 par la Communauté flamande de l'accord de coopération du 30 mai 2018 entre la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission Communautaire Commune et la Communauté germanophone relatif à la création de l'organe interrégional pour les prestations familiales;	In Erwägung der Kündigung vom 20. November 2020 durch die Flämische Gemeinschaft des Zusammenarbeitsabkommens vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Schaffung eines Interregionalen Organs für die Familienleistungen;
Overwegende het feit dat de Vlaamse Gemeenschap de vzw	Considérant que la Communauté flamande quitte l'asbl Orint le 31 décembre 2021;	In Erwägung, dass die Flämische Gemeinschaft die VoG Orint am 31. Dezember 2021 verlässt;

Orint verlaat op 31 december 2021;		
Overwegende de opdrachten uit artikel 4 van het Samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de oprichting van het interregionaal orgaan voor de gezinsbijslagen;	Considérant les missions définies à l'article 4 de l'accord de coopération du 30 mai 2018 entre la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission Communautaire Commune et la Communauté germanophone relatif à la création de l'organe interrégional pour les prestations familiales;	In Erwägung der Aufträge, definiert in Artikel 4 des Zusammenarbeitsabkommens vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Schaffung eines Interregionalen Organs für die Familienleistungen;
Overwegende dat over een gedeelte van die opdrachten nieuwe afspraken nodig zijn;	Considérant que de nouveaux accords sont nécessaires pour certaines de ces missions ;	In Erwägung, dass für einen Teil dieser Aufträge Vereinbarungen notwendig sind;
In dit samenwerkingsakkoord worden praktische regels vastgelegd om de uittreding van de Vlaamse Gemeenschap uit de vzw Orint te regelen;	Le présent accord de coopération fixe des règles pratiques suite au retrait de la Communauté flamande de l'asbl Orint ;	Im vorliegenden Zusammenarbeitsabkommen werden auch praktische Regeln betreffend das Austreten der Flämischen Gemeinschaft aus der VoG Orint festgelegt;
In dit samenwerkingsakkoord wordt ook vastgelegd hoe de samenwerking tussen de deeltentiteiten zal verlopen vanaf 1 januari 2022.	Le présent accord de coopération détermine également la manière dont se réalisera la coopération entre les entités fédérées à partir du 1er janvier 2022;	Im vorliegenden Zusammenarbeitsabkommen wird auch festgelegt, wie die Zusammenarbeit zwischen den

		Gebietskörperschaften ab dem 1. Januar 2022 verlaufen wird;
Overwegende artikel 23 van de Grondwet;	Considérant l'article 23 de la Constitution ;	In Erwägung von Artikel 23 der Verfassung;
Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 92bis en artikel 94, § 1bis, ingevoegd door artikel 44 van de bijzondere wet van 6 januari 2014 met betrekking tot de Zesde Staatshervorming;	Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 92bis et l'article 94, § 1erbis, insérés par l'article 44 de la loi spéciale du 6 janvier 2014 relative à la sixième réforme de l'Etat ;	In Erwägung des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 92bis und Artikel 94 §1bis, eingefügt durch Artikel 44 des Sondergesetzes vom 6. Januar 2014;
Overwegende de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 4 §2;	Considérant la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 4 §2 ;	In Erwägung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 4 §2;
Overwegende het bijzondere decreet van de Franse Gemeenschap van 3 april 2014 betreffende de bevoegdheden van de Franse Gemeenschap waarvan de uitoefening naar het Waalse Gewest en de Franse Gemeenschapscommissie wordt overgedragen en het decreet van het Waalse Gewest van 11 april 2014 betreffende de bevoegdheden van de Franse Gemeenschap waarvan de uitoefening aan het	Considérant le décret spécial de la Communauté française du 3 avril 2014 relatif aux compétences de la Communauté française dont l'exercice est transféré à la Région wallonne et à la Commission communautaire française et le décret de la Région wallonne du 11 avril 2014 relatif aux compétences de la Communauté française dont l'exercice est transféré à la Région wallonne et à la Commission communautaire française;	In Erwägung des Sonderdekrets der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird und des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische

Waalse Gewest en aan de Franse Gemeenschapscommissie overgedragen wordt;		Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird;
Overwegende artikel 2 van het Waals Wetboek van Sociale Actie en Gezondheid, gewijzigd bij artikel 6 van het Decreet van 3 december 2015 betreffende het "Agence wallonne de la santé, de la protection sociale, du handicap et des familles" (Waals agentschap voor gezondheid, sociale bescherming, handicap en gezinnen);	Considérant l'article 2 du code wallon de l'Action sociale et de la Santé, modifié par l'article 6 du décret du 3 décembre 2015 relatif à l'Agence wallonne de la santé, de la protection sociale, du handicap et des familles ;	In Erwägung von Artikel 2 des Wallonischen Gesetzbuches für soziale Aktion und Gesundheit, abgeändert durch Artikel 6 des Dekrets vom 3. Dezember 2015 bezüglich der wallonischen Agentur für Gesundheit, Sozialem Schutz, Beeinträchtigung und Familien;
Overwegende de Ordonnantie van 23 maart 2017 houdende de oprichting van de bicommunautaire Dienst voor Gezondheid, Bijstand aan Personen en Gezinsbijslag, artikel 2;	Considérant l'ordonnance du 23 mars 2017 portant création de l'Office bicommunautaire de la santé, de l'aide aux personnes et des prestations familiales, l'article 2 ;	In Erwägung der Ordonnanz vom 23. März 2017 zur Schaffung des zweigemeinschaftlichen Diensts für Gesundheit, Personenbeistand und Familienleistungen, Artikel 2;
Overwegende het Decreet van de Vlaamse Gemeenschap van 7 juli 2017 tot oprichting van een publiekrechtelijk vormgegeven extern verzelfstandigd agentschap Vlaams Agentschap voor de Uitbetaling van Toelagen in het kader van het Gezinsbeleid, tot vaststelling van	Considérant le décret de la Communauté flamande du 7 juillet 2017 portant création d'une agence autonomisée externe de droit public " Vlaams Agentschap voor de Uitbetaling van Toelagen in het kader van het Gezinsbeleid " (Agence flamande de Paiement des Allocations dans le cadre de la	In Erwägung des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 7. Juli 2017 zur Schaffung einer extern verselbstständigten Agentur öffentlichen Rechts Flämische Agentur für die Ausbezahlung der Zulagen im Bereich der Familienpolitik, zur Festlegung der Anerkennungsnormen für private

vergunningsnormen voor private uitbetalingsactoren en tot wijziging van het decreet van 30 april 2004 betreffende de oprichting van het intern verzelfstandigd agentschap met rechtspersoonlijkheid Kind en Gezin;	Politique familiale), établissant des normes d'autorisation pour des acteurs de paiement privés et modifiant le décret du 30 avril 2004 portant création de l'agence autonomisée interne dotée de la personnalité juridique " Kind en Gezin " (Enfance et Famille)	Zahlungsakteure und zur Abänderung des Dekrets vom 30. April 2004 bezüglich der Schaffung einer intern verselbstständigten Agentur mit Rechtspersönlich Kind und Familie;
Overwegende het Decreet van het Waals Gewest van 8 februari 2018 met betrekking tot het beheer en de betaling van de gezinsbijslagen;	Considérant le décret de la Région Wallonne du 8 février 2018 relatif à la gestion et au paiement des prestations familiales;	In Erwägung des Dekrets der Wallonischen Region vom 8. Februar 2018 über die Verwaltung und Auszahlung der Familienleistungen;
Overwegende het Groeipakketdecreet van de Vlaamse Gemeenschap van 2018;	Considérant le décret de la Communauté flamande relatif au Panier de croissance de 2018;	In Erwägung des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft über das Wachstumspaket von 2018;
Overwegende artikel 54 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap;	Considérant l'article 54 de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone;	In Erwägung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54;
Overwegende het Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 29 november 2018 tot uitvoering van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen	Considérant l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 29 novembre 2018 portant exécution du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales ;	In Erwägung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. November 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen;

Overwegende de Ordonnantie van 4 april 2019 tot vaststelling van het betaalcircuit voor de gezinsbijslag;	Considérant l'ordonnance du 4 avril 2019 établissant le circuit de paiement des prestations familiales ;	In Erwägung der Ordonnanz vom 4. April 2019 zur Schaffung des Zahlungskreislaufs der Familienleistungen;
Overwegende het op / / in het Overlegcomité bereikte akkoord;	Considérant l'accord intervenu au sein du comité de concertation le / / ;	In Erwägung des am / / im Konzertierungsausschuss erzielten Abkommens;
de Vlaamse Gemeenschap, vertegenwoordigd door de minister-president en de minister van Welzijn, Volksgezondheid, Gezin en Armoedebestrijding;	La Communauté flamande, représentée par le Ministre-Président et le Ministre du Bien-être, de la Santé publique, de la Famille et de la Lutte contre la Pauvreté ;	haben die Flämische Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Armutsbekämpfung;
het Waalse Gewest, vertegenwoordigd door de minister-president en de minister van Ambtenarenzaken, Informatica, Administratieve Vereenvoudiging, belast met de Kinderbijslag, Toerisme, Erfgoed en Verkeersveiligheid;	La Région wallonne, représentée par le Ministre-Président et le Ministre de la Fonction publique, de l'Informatique, de la Simplification administrative, des Allocations familiales, du Tourisme, du Patrimoine et de la Sécurité routière ;	die Wallonische Region, vertreten durch den Ministerpräsidenten und die Ministerin für Öffentlichen Dienst, Verwaltungsvereinfachung, Kindergeld, Tourismus, Kulturerbe und Verkehrssicherheit;
de Duitstalige Gemeenschap, vertegenwoordigd door de minister-president en de viceminister-president, minister van Volksgezondheid en Sociale	La Communauté germanophone, représentée par le Ministre-président et le ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement ;	die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales,

Zaken, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting;		Raumordnung und Wohnungswesen;
de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, vertegenwoordigd door de voorzitter van het Verenigd College en de Leden van het Verenigd College belast met Gezinsbijslagen;	La Commission communautaire commune, représentée par le président du Collège réuni et les membres du Collège réuni chargés des prestations familiales ;	die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, vertreten durch den Vorsitzenden des Vereinigten Kollegiums und die Mitglieder des Vereinigten Kollegiums, zuständig für Familienleistungen;
Zijn het volgende overeengekomen:	Ont convenu ce qui suit :	Folgendes vereinbart:
Bepalingen	DISPOSITIONS	Bestimmungen
Artikel 1. Definities 1° Deelentiteiten: de Vlaamse Gemeenschap, voor de gebiedsomschrijving van het Nederlandse taalgebied; het Waalse Gewest, voor de gebiedsomschrijving van het Franse taalgebied; de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, voor de gebiedsomschrijving van het tweetalige gebied Brussel-Hoofdstad en de Duitstalige Gemeenschap, voor de gebiedsomschrijving van het Duitse taalgebied; 2° Samenwerkingsakkoord van 6 september 2017: het	Article 1. Définitions 1° Entités fédérées : la Communauté flamande, pour le territoire de la région de langue néerlandaise ; la Région wallonne, pour le territoire de la région de langue française, la Commission communautaire commune, pour le territoire de la région bilingue de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone, pour le territoire de la région de langue allemande ; 2° Accord de coopération du 6 septembre 2017 : l'accord de coopération du 6 septembre 2017 entre la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission	Artikel 1. Begriffsbestimmungen 1. Gebietskörperschaften: die Flämische Gemeinschaft, mit territorialer Zuständigkeit für das niederländische Sprachgebiet; die Wallonische Region, mit territorialer Zuständigkeit für das französische Sprachgebiet; die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, mit territorialer Zuständigkeit für die zweisprachige Region Brüssel-Hauptstadt sowie die Deutschsprachige Gemeinschaft, mit territorialer Zuständigkeit für das deutsche Sprachgebiet; 2. Zusammenarbeitsabkommen vom 6. September 2017: das Zusammenarbeitsabkommen vom

<p>samenwerkingsakkoord van 6 september 2017 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aanknopingsfactoren, het beheer van de lasten van het verleden, de gegevensuitwisseling inzake de gezinsbijslagen en de praktische regels betreffende de bevoegdheidsoverdracht tussen de kinderbijslagfondsen.</p> <p>3° vzw Orint: de vzw die werd opgericht ingevolge het samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de oprichting van het interregionaal orgaan voor de gezinsbijslagen</p>	<p>communautaire commune et la Communauté germanophone portant sur les facteurs de rattachement, la gestion des charges du passé, l'échange des données en matière de prestations familiales et les modalités concernant le transfert de compétence entre caisses d'allocations familiales</p> <p>3° asbl Orint : l'asbl qui a été créée en application de l'accord de coopération du 30 mai 2018 entre la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission Communautaire Commune et la Communauté germanophone relatif à la création de l'organe interrégional pour les prestations familiales</p>	<p>6. September 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Angliederungsfaktoren, der Verwaltung der Altlasten, des Datenaustausches im Bereich der Familienleistungen und der Bedingungen für die Zuständigkeitsübertragung zwischen den Kindergeldkassen</p> <p>3. VoG Orint: die VoG die in Anwendung des Zusammenarbeitsabkommens vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Schaffung eines Interregionalen Organs für die Familienleistungen geschaffen wurde</p>
<p>Art.2. De deelentiteiten vervullen met betrekking tot de gezinsbijslagen</p>	<p>Art.2. Les entités fédérées exercent conjointement la fonction</p>	<p>Art.2. Die Gebietskörperschaften übernehmen gemeinsam die</p>

<p>gezamenlijk de functie als verbindingsorgaan, zoals bepaald in artikel 1, §2, b) van Verordening 987/2009 tot vaststelling van de wijze van toepassing van Verordening (EG) nr. 883/2004 betreffende de coördinatie van de socialezekerheidsstelsels. De deelentiteiten verzekeren gezamenlijk eenzelfde functie bij de toepassing van bilaterale verdragen met betrekking tot de gezinsbijslagen.</p>	<p>d'organisme de liaison en matière de prestations familiales, tel que visé à l'article 1er, §2, b) du Règlement 987/2009 fixant les modalités d'application du règlement 883/2004 portant sur la coordination des systèmes de sécurité sociale. Les entités fédérées assurent conjointement la même fonction lors de l'application des conventions bilatérales sur les prestations familiales.</p>	<p>Funktion als Verbindungsstelle, so wie in Artikel 1, Nr. 2, b) der Verordnung Nr. 987/2009 für die Durchführung der Verordnung Nr. 883/2004 über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit. Die Gebietskörperschaften übernehmen dieselbe Aufgabe gemeinsam bei der Anwendung von bilateralen Abkommen über die Familienleistungen.</p>
<p>Art.3. De deelentiteiten verzekeren met betrekking tot de opdrachten vermeld in artikel 2 de correcte toepassing van de aanknopingsfactoren zoals opgenomen in artikel 2 van het samenwerkingsakkoord van 6 september 2017.</p> <p>De aanvragen die, met betrekking tot de toepassing waarnaar wordt verwezen in het eerste lid, de deelentiteiten bereiken, worden over de deelentiteiten verdeeld overeenkomstig de verdeelsleutel die werd vastgelegd in art. 47/5, §</p>	<p>Art.3. Les entités fédérées assurent, pour les missions visées à l'article 2, l'application correcte des facteurs de rattachement tels que repris à l'article 2 de l'accord de coopération du 6 septembre 2017.</p> <p>En ce qui concerne l'application visée à l'alinéa 1^{er}, les demandes qui parviennent aux entité fédérées sont distribuées entre les entité fédérées selon la clé de répartition prévue à l'art. 47/5, § 5 de la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communautés et des Régions. Les entités fédérées</p>	<p>Art.3. Die Gebietskörperschaften stellen, für die Aufträge erwähnt in Artikel 2, die korrekte Anwendung der Angliederungsfaktoren, wie definiert in Artikel 2 des Zusammenarbeitsabkommen vom 6. September 2017, sicher.</p> <p>Die Anträge, die in Anwendung von Absatz 1 die Gebietskörperschaften erreichen, werden zwischen den Gebietskörperschaften verteilt gemäß dem Verteilungsschlüssel in Artikel 47/5 §5 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften</p>

<p>5 van de Bijzondere Wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten.</p> <p>De deelentiteiten evalueren deze verdeelsleutel om de twee jaar. De regeringen van de deelentiteiten kunnen via een uitvoerend samenwerkingsakkoord een verdeelsleutel bepalen die nauwer aansluit bij de administratieve realiteit van de behandeling van de aanvragen.</p> <p>Er wordt voorzien in een structurele rapportering aan de regeringen van de deelentiteiten met betrekking tot de toepassing waarnaar verwezen wordt in het eerste en tweede lid. De modaliteiten met betrekking tot deze rapportering worden verder uitgewerkt in een uitvoerend samenwerkingsakkoord tussen de regeringen van de deelentiteiten.</p>	<p>évaluent cette clé de répartition tous les deux ans.</p> <p>Les gouvernements des entités fédérées peuvent, via un accord de coopération d'exécution, déterminer une clé de répartition plus conforme à la réalité administrative du traitement des demandes.</p> <p>Un rapport structurel est fourni aux gouvernements des entités fédérées concernant l'application visée aux alinéas 1er et 2 . Les modalités de ce rapport seront précisées dans un accord de coopération d'exécution entre les gouvernements des entités fédérées.</p>	<p>und Regionen. Die Gebietskörperschaften evaluieren diesen Verteilungsschlüssel alle zwei Jahre.</p> <p>Die Regierung der Gebietskörperschaften können im Rahmen eines ausführenden Zusammenarbeitsabkommens einen Verteilungsschlüssel festlegen, der der administrativen Realität der Antragsbearbeitung besser entspricht.</p> <p>Eine strukturelle Berichterstattung an die Regierung der Gebietskörperschaften bezüglich der Anwendung von Absatz 1 und 2 wird vorgesehen. Die Modalitäten dieser Berichterstattung werden in einem ausführenden Zusammenarbeitsabkommen zwischen den Regierungen der Gebietskörperschaften vorgesehen.</p>
<p>Art.4. De aanvragen, waarvan sprake in artikel 3, lid 2, worden binnen de 3 werkdagen na schriftelijke of</p>	<p>Art.4. Les demandes visées à l'article 3, alinéa 2, sont attribuées à une entité fédérée dans les trois jours</p>	<p>Art.4. Die in Artikel 3 Absatz 2 erwähnten Anträge werden innerhalb von 3 Werktagen nach deren</p>

<p>telefonische ontvangst, toegewezen aan een deelentiteit overeenkomstig de verdeelsleutel waarvan sprake in artikel 3, lid 2.</p>	<p>ouvrables après leur réception par écrit ou par téléphone, conformément à la clé de répartition visée à l'article 3, alinéa 2.</p>	<p>schriftlichem oder telefonischem Erhalt einer Gebietskörperschaft zugewiesen, in Anwendung des in Artikel 3 §2 erwähnten Verteilungsschlüssels.</p>
<p>Een deelentiteit aan wie een aanvraag werd toegewezen behandelt deze binnen de achtste werkdag. Indien een deelentiteit vaststelt dat zij niet bevoegd is, bezorgt zij de aanvraag ten laatste de achtste werkdag nadat de aanvraag haar werd toegewezen. Deze termijn wordt geschorst tijdens de periodes waarvan sprake in onderstaande leden.</p>	<p>L'entité fédérée à laquelle une demande a été attribuée la traite endéans huit jours ouvrables. Lorsqu'une entité fédérée constate qu'elle n'est pas compétente, elle transmet la demande au plus tard le huitième jour ouvrable après que la demande lui a été attribuée. Ce délai est suspendu pendant les périodes mentionnées dans les alinéas suivants.</p>	<p>Die Gebietskörperschaft, welcher der Antrag zugewiesen wurde, bearbeitet diesen innerhalb von acht Werktagen. Wenn eine Gebietskörperschaft feststellt, dass sie nicht zuständig ist, leitet sie den Antrag spätestens am achten Werktag nach Erhalt des Antrags weiter. Diese Frist wird für die in den folgenden Absätzen genannten Zeiträume unterbrochen.</p>
<p>De deelentiteit die een verzoek moet behandelen, verzamelt zo veel mogelijk uit eigen beweging alle ontbrekende inlichtingen om de toepassing van de aanknopingsfactoren, zoals opgenomen in artikel 2 van het samenwerkingsakkoord van 6 september 2017, te kunnen beoordelen. De deelentiteit kan inlichtingen die noodzakelijk zijn om een beslissing te nemen, opvragen bij een binnenlandse of</p>	<p>L'entité fédérée chargée de traiter une demande recueille, dans la mesure du possible, de sa propre initiative, toute information manquante afin de pouvoir déterminer l'application des facteurs de rattachement tels que prévus à l'article 2 de l'accord de coopération du 6 septembre 2017. L'entité fédérée peut demander les informations nécessaires pour prendre une décision à un service ou une institution national(e) ou</p>	<p>Die Gebietskörperschaft, die einen Antrag bearbeiten muss, trägt so weit möglich auf eigene Initiative alle notwendigen Auskünfte zusammen, um die Anwendung der Angliederungsfaktoren, wie definiert in Artikel 2 des Zusammenarbeitsabkommen vom 6. September 2017, beurteilen zu können. Die Gebietskörperschaften können die Informationen, die sie benötigen, um einen Beschluss zu fassen, bei einer inländischen oder</p>

<p>buitenlandse dienst of instelling, alsook bij de betrokkene zelf.</p> <p>Als de deelentiteit uiterlijk binnen een termijn van drie maanden geen antwoord ontvangt, verstuurt deze een rappel waarin aan de binnenlandse dienst of instelling of de betrokkene een laatste termijn van één maand toegekend wordt om te antwoorden. Als de deelentiteit geen antwoord ontvangt binnen die termijn, neemt deze een beslissing op basis van de gegevens waarover hij beschikt.</p> <p>In afwijking van hetgeen in het voorgaande lid bepaald is, wacht de deelentiteit het antwoord van de betrokkene of de binnenlandse dienst of instelling zelf af als de betrokkene of binnenlandse dienst of instelling binnen de termijn om te antwoorden, vermeld in het voorgaande lid, een reden opgegeven heeft die een langere antwoordtermijn rechtvaardigt.</p> <p>Als de deelentiteit inlichtingen opvraagt bij een buitenlandse dienst of instelling die noodzakelijk</p>	<p>étranger(ère) ainsi qu'à la personne concernée.</p> <p>Si l'entité fédérée ne reçoit pas de réponse dans un délai de trois mois, elle envoie un rappel accordant au service ou à l'institution national(e) ou à la personne concernée un dernier délai d'un mois pour répondre. Si l'entité fédérée ne reçoit aucune réponse dans ce délai, elle prend une décision sur la base des informations dont elle dispose.</p> <p>Par dérogation aux dispositions de l'alinéa précédent, l'entité fédérée attend la réponse de la personne concernée ou du service ou institution national(e) si la personne concernée ou le service ou institution national(e) a donné, dans le cadre du délai fixé dans l'alinéa précédent, une raison justifiant un délai de réponse plus long.</p> <p>Lorsque l'entité fédérée demande à un service ou à une institution étranger(ère) des informations nécessaires pour prendre une</p>	<p>ausländischen Behörde, sowie beim Betroffenen selbst anfragen.</p> <p>Wenn die Gebietskörperschaft nach drei Monaten keine Antwort erhält, versendet sie eine Erinnerung, in der sie der inländischen oder ausländischen Behörde eine Frist von einem Monat gewährt, um zu antworten. Erhält die Gebietskörperschaft in dieser Frist keine Antwort, fasst sie ihren Beschluss auf Grundlage der Auskünfte, über die sie verfügt.</p> <p>In Abweichung zum vorherigen Absatz, wartet die Gebietskörperschaft auf die Antwort des Betroffenen oder der inländischen Behörde, wenn der Betroffene oder die inländische Behörde innerhalb der im vorherigen Absatz erwähnten Frist einen Grund angegeben hat, der eine längere Beantwortungsfrist rechtfertigt.</p> <p>Wenn die Gebietskörperschaft benötigte Informationen bei einer ausländischen Behörde anfragt, wird die in Absatz 2 vorgesehene</p>
---	--	--

<p>zijn om een beslissing te nemen, wordt de termijn, vermeld in het tweede lid, geschorst vanaf het moment dat de deelentiteit de vraag gesteld heeft totdat hij een antwoord ontvangen heeft.</p> <p>Een deelentiteit die een verzoek om inlichtingen ontvangt, in het kader van een onderzoek met betrekking tot de in het eerste lid vermelde aanknopingsfactoren, van een andere deelentiteit, bezorgt de inlichtingen binnen een termijn van acht werkdagen na ontvangst van de vraag. Als de deelentiteit niet over de nodige gegevens beschikt, brengt hij de deelentiteit die de vraag stelde daarvan op de hoogte binnen dezelfde termijn.</p> <p>De deelentiteiten bepalen in een uitvoerend samenwerkingsakkoord de nadere voorwaarden met betrekking tot de behandeling van de aanvragen waarvan sprake in dit artikel.</p>	<p>décision, le délai visé à l'alinéa 2 est suspendu à partir du moment où l'entité fédérée a posé la question jusqu'à ce qu'elle ait reçu une réponse.</p> <p>Une entité fédérée qui reçoit une demande d'informations de la part d'une autre entité, dans le cadre d'un examen concernant les facteurs de rattachement visés à l'alinéa 1er, fournit les informations dans les huit jours ouvrables suivant la réception de la demande. Si l'entité fédérée ne dispose pas des informations nécessaires, elle en informe l'entité qui a posé la question dans le même délai.</p> <p>Les entités fédérées déterminent dans un accord de coopération d'exécution les autres conditions de traitement des demandes dont mention dans cet article.</p>	<p>Frist ab der Anfrage der Gebietskörperschaft und bis zum Erhalt einer Antwort unterbrochen.</p> <p>Eine Gebietskörperschaft, die ein Informationsersuchen einer anderen Gebietskörperschaft bezüglich der in Absatz 1 erwähnten Angliederungsfaktoren erhält, liefert die Informationen innerhalb von 8 Werktagen ab dem Ersuchen. Wenn die Gebietskörperschaft nicht über die benötigten Informationen verfügt, teilt sie dies dem Fragesteller innerhalb derselben Frist mit.</p> <p>Die Gebietskörperschaften legen in einem ausführenden Zusammenarbeitsabkommen die weiteren Bedingungen der Bearbeitung der in diesem Artikel genannten Anträge fest.</p>
Art.5.	Art.5.	Art.5.

<p>De deelentiteiten verwerken met het oog op de correcte toepassing van de aanknopingsfactoren, zoals bepaald in artikel 3, lid 1, de volgende categorieën van persoonsgegevens over de kinderen en de sociaal verzekerde waarvan sprake in artikel 2 van het samenwerkingsakkoord van 6 september 2017:</p> <ul style="list-style-type: none"> 1° identificatiegegevens; 2° persoonlijke kenmerken; 3° de samenstelling van het gezin; 4° beroepsmatige of gelijkgestelde situaties; 5° gegevens over gerechtelijke maatregelen. <p>De deelentiteiten zijn, elk wat hen betreft, verwerkingsverantwoordelijke voor bovenvermelde persoonsgegevens zij verwerken. De deelentiteiten bepalen in een uitvoerend samenwerkingsakkoord de nadere voorwaarden voor de verwerking van deze gegevens.</p> <p>De persoonsgegevens, vermeld in het eerste lid, worden door de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse</p>	<p>En vue de l'application correcte des facteurs de rattachement visés à l'article 3, alinéa 1^{er}, les entités fédérées traitent les catégories suivantes de données à caractère personnel relatives aux enfants et aux assurés sociaux mentionnés à l'article 2 de l'accord de coopération du 6 septembre 2017:</p> <ul style="list-style-type: none"> 1° les données d'identification ; 2° les caractéristiques personnelles; 3° la composition de la famille ; 4° des situations professionnelles ou similaires ; 5° les données relatives aux mesures judiciaires. <p>Les entités fédérées sont chacune responsables des données à caractère personnel susmentionnées qu'elles traitent. Les entités fédérées déterminent dans un accord de coopération d'exécution les autres conditions de traitement de ces données.</p> <p>Les données à caractère personnel visées à l'alinéa 1^{er} sont conservées par la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission</p>	<p>Die Gebietskörperschaften verarbeiten im Hinblick auf die korrekte Anwendung der in Artikel 3, Absatz 1 erwähnten Angliederungsfaktoren die folgenden Kategorien von personenbezogenen Daten der Kinder und des in Artikel 2 des Zusammenarbeitsabkommen vom 6. September 2017 erwähnten Sozialversicherten:</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. Daten zur Identität 2. persönliche Merkmale 3. Familienzusammensetzung 4. Berufliche oder gleichgestellte Situationen 5. Daten über gerichtliche Maßnahmen <p>Die Gebietskörperschaften sind jeweils verantwortlich für die Verarbeitung der hiervoor erwähnten personenbezogenen Daten, die sie verarbeiten. Die Gebietskörperschaften legen in einem ausführenden Zusammenarbeitsabkommen die weiteren Bedingungen für die Verarbeitung dieser Daten fest.</p>
--	--	---

<p>Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap bewaard overeenkomstig de bewaartermijnen voorzien in respectievelijk artikel 7, §11 van het Groeipakketdecreet van 2018, artikel 109 van het Decreet van 8 februari 2018 met betrekking tot het beheer en de betaling van de gezinsbijslagen, artikel 34 van de Ordonnantie van 4 april 2019 tot vaststelling van het betaalcircuit voor de gezinsbijslag en artikel 23 van het Besluit van de Regering van 29 november 2018 tot uitvoering van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen.</p>	<p>communautaire commune et la Communauté germanophone conformément aux délais de conservation prévus respectivement à l'article 7, § 11 du décret relatif au Panier de croissance de 2018, l'article 109 du décret du 8 février 2018 relatif à la gestion et au paiement des prestations familiales, l' article 34 de l'ordonnance du 4 avril 2019 fixant le circuit de paiement des prestations familiales, et l'article 23 de la décision du Gouvernement du 29 novembre 2018 portant application du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales.</p>	<p>Die in Absatz 1 erwähnten personenbezogenen Daten werden durch die Flämische Gemeinschaft, die Wallonische Region, die Gemeinsame Gemeinschaftskommission und die Deutschsprachige Gemeinschaft aufbewahrt, in Anwendung der Aufbewahrungsfristen jeweils vorgesehen in Artikel 7 §11 des Dekrets über das Wachstumspaket von 2018, Artikel 109 des Dekrets vom 8. Februar 2018 über die Verwaltung und Auszahlung der Familienleistungen, Artikel 34 der Ordonnanz vom 4. April 2019 zur Schaffung des Zahlungskreislaufs der Familienleistungen und Artikel 23 des Erlass der Regierung vom 29. November 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen.</p>
<p>Art.6. De kosten die samenhangen met de toepassing van artikel 2, worden over de deelentiteiten verdeeld overeenkomstig de verdeelsleutel die werd vastgelegd in art. 47/5, § 5 van de Bijzondere Wet van 16 januari 1989</p>	<p>Art.6. Les frais liés à l'application de l'article 2 sont répartis entre les entités fédérées selon la clé de répartition prévue à l'article 47/5, § 5 de la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communautés et des Régions. Les</p>	<p>Art. 6 Die Kosten, die durch die Anwendung von Artikel 2 entstehen, werden zwischen den Gebietskörperschaften verteilt in Anwendung der Verteilungsschlüssel aufgeführt in Artikel 47/5 §5 des Sondergesetzes</p>

<p>betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten. De deeltentiteiten evalueren deze verdeelsleutel om de twee jaar. De regeringen van de deeltentiteiten kunnen via een uitvoerende samenwerkingsakkoord een verdeelsleutel of kostenverdeling bepalen die nauwer aansluit bij de administratieve realiteit van de behandeling van de aanvragen.</p>	<p>entités fédérées évaluent cette clé de répartition tous les deux ans. Les gouvernements des entités fédérées peuvent déterminer, au moyen d'un accord de coopération d'exécution, une clé de répartition ou une répartition des coûts plus conforme à la réalité administrative du traitement des demandes.</p>	<p>vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen. Die Gebietskörperschaften evaluieren diesen Verteilungsschlüssel alle zwei Jahre. Die Regierung der Gebietskörperschaften können im Rahmen eines ausführenden Zusammenarbeitsabkommens einen Verteilungsschlüssel festlegen, der der administrativen Realität der Antragsbearbeitung besser entspricht.</p>
<p>Art.7 De eventuele meningsverschillen die ontstaan tussen de deeltentiteiten met betrekking tot de interpretatie of de uitvoering van onderhavig samenwerkingsakkoord en het samenwerkingsakkoord van 6 september 2017 worden opgenomen in de schoot van een ad hoc commissie samengesteld uit een vertegenwoordiger van elke deeltentiteit. Bij gebrek aan overeenstemming, wordt het meningsverschil onderworpen aan een samenwerkingsgerecht in de zin van artikel 92bis, §5 van de</p>	<p>Art.7 Les divergences de vues éventuelles qui pourraient survenir entre les entités fédérées concernant l'interprétation ou la mise en œuvre du présent accord de coopération et de l'accord de coopération du 6 septembre 2017 seront examinées par un comité ad hoc composé d'un représentant de chaque entité fédérée. A défaut d'un accord, le litige sera soumis à une juridiction de coopération au sens de l'article 92bis, § 5, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles. Les membres de cette juridiction de coopération</p>	<p>Art. 7 Eventuelle Meinungsverschiedenheiten die zwischen den Gebietskörperschaften bei der Interpretation oder der Ausführung des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens oder des Zusammenarbeitsabkommens vom 6. September 2017 werden durch eine Ad hoc-Kommission aufgenommen, zusammengestellt aus einem Vertreter jeder Gebietskörperschaft. Kommt keine Einigung zustande, wird die Streitsache einem Zusammenarbeitsgericht im Sinne</p>

<p>bijzondere wet van 8 augustus 1980 met betrekking tot de hervorming der instellingen. De leden van dit samenwerkingsgerecht zullen aangeduid worden door de respectievelijke regeringen van de deelentiteiten. De werkingsmiddelen van het samenwerkingsgerecht zullen verdeeld worden over de deelentiteiten overeenkomstig de verdeelsleutel die werd vastgelegd in art. 47/5, § 5 van de Bijzondere Wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten.</p> <p>Artikel 12, lid 1 en 2 van het samenwerkingsakkoord van 6 september 2017 wordt opgeheven.</p>	<p>seront nommés par les gouvernements respectifs des entités fédérées. Les moyens de fonctionnement de la juridiction de coopération seront répartis entre les entités fédérées selon la clé de répartition prévue à l'art. 47/5, § 5 de la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communautés et des Régions.</p> <p>L'article 12, alinéas 1er et 2 de l'accord de coopération du 6 septembre 2017 est abrogé.</p>	<p>von Artikel 92bis, §5 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen vorgelegt. Die Mitglieder dieses Zusammenarbeitsgerichts werden von den jeweiligen Regierungen der Gebietskörperschaften ernannt. Die Funktionsmittel des Zusammenarbeitsgericht werden zwischen den Gebietskörperschaften gemäß dem in Artikel 47/5, § 5 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen festgelegten Verteilungsschlüssel aufgeteilt aufgeteilt.</p> <p>Artikel 12, Absatz 1 und 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 6. September 2017 wird aufgehoben.</p>
<p>Art.8. De deelentiteiten staan in voor het beheer van de archieven van FAMIFED en de vzw Orint. Zij sluiten daartoe gezamenlijk de nodige overeenkomsten af met een derde partij of staan zelf in voor het beheer van deze archieven.</p>	<p>Art.8. Les entités fédérées assurent la gestion des archives de FAMIFED et de l'asbl Orint. À cette fin, elles concluent les accords nécessaires conjointement avec un tiers ou gèrent elles-mêmes ces archives.</p>	<p>Art.8. Die Gebietskörperschaften sind für die Verwaltung der Archive von FAMIFED und der VoG Orint zuständig. Zu diesem Zweck schließen sie gemeinsam die erforderlichen Vereinbarungen mit</p>

<p>De kosten die samenhangen met de toepassing van het eerste lid worden over de deelentiteiten verdeeld overeenkomstig de verdeelsleutel die werd vastgelegd in art. 47/5, § 5 van de Bijzondere Wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten. De deelentiteiten evalueren deze verdeelsleutel om de twee jaar. De regeringen van de deelentiteiten kunnen via een uitvoerende samenwerkingsakkoord een verdeelsleutel of kostenverdeling bepalen die nauwer aansluit bij de administratieve realiteit van de behandeling van de aanvragen.</p>	<p>Les frais liés à l'application de l'alinéa 1er sont répartis entre les entités fédérées selon la clé de répartition prévue à l'article 47/5, § 5 de la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communautés et des Régions. Les entités fédérées évaluent cette clé de répartition tous les deux ans. Les gouvernements des entités fédérées peuvent déterminer, par le biais d'un accord de coopération d'exécution, une clé de répartition ou une répartition des coûts plus conforme à la réalité administrative du traitement des demandes.</p>	<p>einem Dritten oder verwalten diese Archive selbst.</p> <p>Die mit der Anwendung des ersten Absatzes verbundenen Kosten werden von den Gebietskörperschaften gemäß dem in Artikel 47/5, § 5 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen festgelegten Verteilungsschlüssel aufgeteilt. Die Gebietskörperschaften evaluieren diesen Verteilungsschlüssel alle zwei Jahre. Die Regierungen der Gebietskörperschaften können im Rahmen eines ausführenden Zusammenarbeitsabkommens einen Verteilungsschlüssel oder eine Kostenverteilung festlegen, die der administrativen Realität der Antragsbearbeitung besser entspricht.</p>
<p>Art.9. De deelentiteiten staan gezamenlijk in voor de afwikkeling van FAMIFED na de opheffing ervan. Zij staan gezamenlijk in voor de facturen gericht aan</p>	<p>Art.9. Les entités fédérées assurent conjointement la liquidation de FAMIFED après sa dissolution. Elles se chargent conjointement des factures adressées à FAMIFED à</p>	<p>Art.9. Die Gebietskörperschaften gewähren die Abwicklung von FAMIFED nach deren Auflösung. Sie sind gemeinsam für die ab dem 1. Januar 2022 an FAMIFED</p>

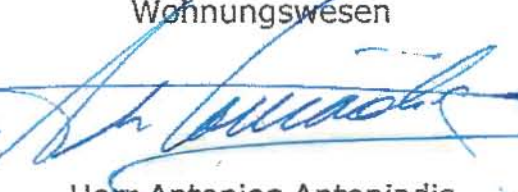
<p>FAMIFED vanaf 1 januari 2022. Na de uitstap van de Vlaamse Gemeenschap uit de vzw Orint op 1 januari 2022 staan de deeltentiteiten gezamenlijk in voor de facturen gericht aan deze vzw met betrekking tot de periode voorafgaand aan 1 januari 2022.</p> <p>Deze facturen worden verdeeld overeenkomstig de verdeelsleutel die werd vastgelegd in art. 47/5, § 5 van de Bijzondere Wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten die van toepassing is in het jaar waarin de factuur werd opgesteld door de betrokken schuldeiser, met uitzondering van facturen met betrekking tot het Kadaster en de Trivia-toepassing, op dewelke de verdeelsleutel wordt toegepast zoals deze werd gehanteerd binnen de vzw Orint tijdens het werkingsjaar 2021.</p>	<p>partir du 1er janvier 2022. Après la sortie de la Communauté flamande de l'asbl Orint le 1er janvier 2022, les entités fédérées se chargent conjointement des factures adressées à cette asbl pour la période antérieure au 1er janvier 2022.</p> <p>Ces factures sont réparties selon la clé de répartition prévue à l'article 47/5, § 5 de la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communautés et des Régions, applicable l'année où la facture a été émise par le créancier concerné, à l'exception des factures relatives au Cadastre et à l'application Trivia, auxquelles est appliquée la clé de répartition telle qu'elle est utilisée au sein de l'asbl Orint pendant l'exercice 2021.</p>	<p>gerichteten Rechnungen verantwortlich. Nach dem Austritt der Flämischen Gemeinschaft aus VoG Orint am 1. Januar 2022 sind die Gebietskörperschaften gemeinsam für die an diese VoG gerichteten Rechnungen in Bezug auf den Zeitraum vor dem 1. Januar 2022 verantwortlich.</p> <p>Diese Rechnungen werden nach dem Verteilungsschlüssel gemäß Artikel 47/5, § 5 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen, der in dem Jahr gilt, in dem die Rechnung von dem betreffenden Gläubiger ausgestellt wurde, mit Ausnahme der Rechnungen, die sich auf das Kataster und die Trivia-Anwendung beziehen, auf die der Verteilungsschlüssel angewandt wird, der innerhalb der VoG Orint im Betriebsjahr 2021 gilt.</p>
<p>Art.10. De kosten die samenhangen met de uitstap van de Vlaamse Gemeenschap uit de vzw Orint op</p>	<p>Art.10. Les coûts liés à la sortie de la Communauté flamande de l'asbl Orint au 1er janvier 2022 sont</p>	<p>Art.10. Die Kosten, die mit dem Austritt der Flämischen Gemeinschaft aus der VoG Orint am 1. Januar 2022</p>

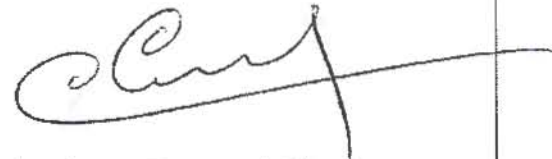
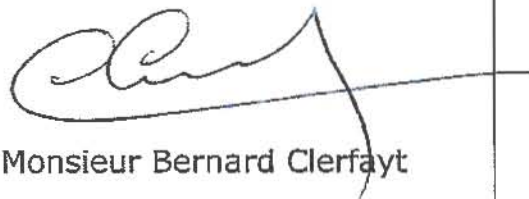
<p>1 januari 2022 worden over de deelentiteiten verdeeld overeenkomstig de verdeelsleutel die werd vastgelegd in art. 47/5, § 5 van de Bijzondere Wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten.</p> <p>De deelentiteiten evalueren deze verdeelsleutel om de twee jaar. De regeringen van de deelentiteiten kunnen via een uitvoerende samenwerkingsakkoord een verdeelsleutel of kostenverdeling bepalen die nauwer aansluit bij de administratieve realiteit van de behandeling van de aanvragen.</p>	<p>répartis entre les entités fédérées selon la clé de répartition prévue à l'article 47/5, § 5, de la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communautés et des Régions.</p> <p>Les entités fédérées évaluent cette clé de répartition tous les deux ans. Les gouvernements des entités fédérées peuvent déterminer, par le biais d'un accord de coopération d'exécution, une clé de répartition ou une répartition des coûts plus conforme à la réalité administrative du traitement des demandes.</p>	<p>verbunden sind, werden zwischen den Gebietskörperschaften gemäß dem in Art. 47/5, § 5 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen festgelegten Verteilungsschlüssel aufgeteilt.</p> <p>Die Gebietskörperschaften evaluieren diesen Verteilungsschlüssel alle zwei Jahre. Die Regierungen der Gebietskörperschaften können im Rahmen eines ausführenden Zusammenarbeitsabkommens einen Verteilungsschlüssel oder eine Kostenverteilung festlegen, die der administrativen Realität der Antragsbearbeitung besser entspricht.</p>
<p>Art.11.</p> <p>Iriscare staat in voor het informaticatechnische beheer van het Kadaster en de Trivia-toepassing, dewelke in stand worden gehouden door de deelentiteiten overeenkomstig artikel 8 van het samenwerkingsakkoord van 6 september 2017. Iriscare zal voor dit informaticatechnische beheer</p>	<p>Art.11.</p> <p>Iriscare assure la gestion informatique du Cadastre et de l'application Trivia, qui sont maintenus par les entités fédérées conformément à l'article 8 de l'accord de coopération du 6 septembre 2017. Iriscare pourra facturer directement aux autres entités fédérées cette gestion informatique, conformément aux</p>	<p>Art. 11</p> <p>Iriscare ist für die IT-Verwaltung des Katasters und der Trivia-Anwendung zuständig, die gemäß Artikel 8 des Zusammenarbeitsabkommens vom 6. September 2017 von den Gebietskörperschaften verwaltet werden. Iriscare kann diese IT-Verwaltung den anderen Gebietskörperschaften direkt in</p>

rechtstreeks kunnen factureren aan de overige deeltentiteiten, overeenkomstig de contractuele bepalingen die met de respectievelijke deeltentiteiten zullen worden overeen gekomen.	dispositions contractuelles à convenir avec les entités fédérées respectives.	Rechnung stellen, und zwar gemäß den mit den jeweiligen Gebietskörperschaften zu vereinbarenden vertraglichen Bestimmungen.
Art.12. Dit samenwerkingsakkoord treedt in werking op 1 januari 2022.	Art.12. Cet accord de coopération entre en vigueur le 1er janvier 2022.	Art.12. Dieses Zusammenarbeitsabkommen tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.
Te Brussel, op , in een enkel oorspronkelijk exemplaar in het Frans, het Nederlands en het Duits, dat zal worden neergelegd bij het Centraal Secretariaat van het Overlegcomité.	A Bruxelles, le , en un seul original en français, néerlandais et allemand, qui sera déposé au Secrétariat central du Comité de concertation.	Unterzeichnet in Brüssel, am , in einer Originalfassung in deutscher, niederländischer und französischer Sprache, die beim Zentralen Sekretariat des Konzertierungsausschusses hinterlegt wird.

A Bruxelles, le 24 DEC. 2021 , en un seul original en français, néerlandais et allemand, qui sera déposé au Secrétariat central du Comité de concertation.

<p>Minister-President van de Waalse Regering</p>  <p>De heer Elio Di Rupo</p>	<p>Le Ministre-Président du Gouvernement wallon</p>  <p>Monsieur Elio Di Rupo</p>	<p>Der Ministerpräsident der Wallonischen Region</p>  <p>Herr Elio Di Rupo</p>
<p>Waals Minister van Ambtenarenzaken, Informatica, Administratieve Vereenvoudiging, belast met de Kinderbijslag, Toerisme, Erfgoed en Verkeersveiligheid</p>  <p>Mevrouw Valérie De Bue</p>	<p>La Ministre de la Fonction publique, de l'Informatique, de la Simplification administrative, en charge des allocations familiales, du Tourisme, du Patrimoine et de la Sécurité routière</p>  <p>Madame Valérie De Bue</p>	<p>Die Ministerin für öffentlichen Dienst, Verwaltungsvereinfachung, Kindergeld, Tourismus, Kulturerbe und Verkehrssicherheit</p>  <p>Frau Valérie De Bue</p>

Minister-President van de Duitstalige Gemeenschap  De heer Oliver Paasch	Le Ministre-Président de la Communauté germanophone  Monsieur Oliver Paasch	Der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft  Herr Oliver Paasch
Viceminister-president, minister van Volksgezondheid en Sociale Zaken, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting  De heer Antonios Antoniadis	Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement  Monsieur Antonios Antoniadis	Der Vize-Ministerpräsident, Minister der für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen  Herr Antonios Antoniadis

<p>Voorzitter van het Verenigd College van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie</p>  <p>De heer Rudi Vervoort</p>	<p>Le président du Collège réuni de la Commission communautaire commune</p>  <p>Monsieur Rudi Vervoort</p>	<p>Der Vorsitzende des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission</p>  <p>Herr Rudi Vervoort</p>
<p>Lid van het Verenigd College, bevoegd voor de Gezinsbijslagen, Begroting, Openbaar Ambt en Externe Betrekkingen</p>  <p>De heer Sven Gatz</p>	<p>Le Membre du Collège réuni, en charge des Prestations familiales, du Budget, de la Fonction publique et des Relations extérieures,</p>  <p>Monsieur Sven Gatz</p>	<p>Das Mitglied des Vereinigten Kollegiums, zuständig für Familienleistungen, Haushalt, öffentlichen Dienst und Außenbeziehungen</p>  <p>Herr Sven Gatz</p>
<p>Lid van het Verenigd College, bevoegd voor de Gezinsbijslagen, Begroting, Openbaar Ambt en Externe Betrekkingen</p>  <p>De heer Bernard Clerfayt</p>	<p>Le Membre du Collège réuni, en charge des Prestations familiales, du Budget, de la Fonction publique et des Relations extérieures,</p>  <p>Monsieur Bernard Clerfayt</p>	<p>Das Mitglied des Vereinigten Kollegiums, zuständig für Familienleistungen, Haushalt, öffentlichen Dienst und Außenbeziehungen</p>  <p>Herr Bernard Clerfayt</p>

<p>Minister-president van de regering van het Vlaamse Gewest</p> <p>De heer Jan Jambon</p>	<p>Le Ministre-Président du Gouvernement flamand</p> <p>Monsieur Jan Jambon</p>	<p>Der Ministerpräsident der flämischen Regierung</p> <p>Herr Jan Jambon</p>
<p>Vlaams Minister van Welzijn, Volksgezondheid, Gezin en Armoedebestrijding</p> <p>De heer Wouter Beke</p>	<p>Le Ministre flamand du Bien-Etre, de la Santé publique et de la Famille et de la lutte contre la pauvreté</p> <p>Monsieur Wouter Beke</p>	<p>Der Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Armutsbekämpfung</p> <p>Herr Wouter Beke</p>